
Einführung

Bernhard Vogel

Demographischer Wandel, alternde Gesellschaft, Alter und Altern sind wahrlich keine neuen Themen! Viele Fachleute arbeiten schon seit langem daran. Und seit Jahren liegen viele Publikationen vor, die auch dem interessierten Laien die entstehende Problematik veranschaulichen. Auch in den Medien wird dieses Thema in all seinen Facetten immer wieder aufgegriffen.¹

Aber leider ist es in Deutschland schwierig, darüber eine wirkliche Debatte zu führen: Die Warnungen vor den Konsequenzen des demographischen Wandels sind schon vor zwanzig, dreißig Jahren ausgesprochen und niedergeschrieben worden. Bereits das Jahresgutachten 1980/81 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage² wies auf die folgenschweren Auswirkungen der demographischen Entwicklung bei der Rentengesetzgebung hin. Fast gleichzeitig mahnte Oswald von Nell-Breuning – der bedeutende Vertreter der katholischen Soziallehre – an, dass der absehbare Strukturwandel im Altersaufbau der Bevölkerung zu Konsequenzen führen müsse.³

Durchgreifende Konsequenzen sind jedoch lange Zeit ausgeblieben. Nur wenige politisch Handelnde haben die Tragweite der demographischen Änderungsprozesse wirklich erkannt. Die Auseinandersetzung um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme hat zwar zu einem Perspektivenwechsel geführt. Aber dadurch haben wir längst noch keine sachbezogene Debatte. Als die Herzog- und die Rürup-Kommission ihre Berichte vorlegten,⁴ war der Auf-

schrei groß. Auf Verdrängung folgte Untergangsstimmung, gegenseitige Schuldzuweisung oder Relativierung.

Das Gespenst einer schrumpfenden und alternden Gesellschaft geht um: Von einem „Methusalem-Komplott“, von einer „demographischen Zeitenwende“ oder – noch schlimmer – von einer „Zivilisation der Euthanasie“ war in der Debatte bereits die Rede. Hierzulande ist die Kunst der Dramatisierung nicht weniger hoch entwickelt als die Kunst der Verdrängung. Das eine führt zu Attentismus, das andere zu vorschnellen und unüberlegten Handlungen.

Die erste Forderung muss daher lauten: Wir brauchen die nüchterne Erkenntnis dessen, was ist, was sein wird und – nicht zuletzt – was auf uns zukäme, würden wir nicht vernünftig und konsequent handeln.

Die Kindersterblichkeit geht zurück und die Lebenserwartung steigt. Die Lebenserwartung betrug 1871 bei Mädchen 45 und bei Jungen 38 Jahre, heute beträgt sie bei Mädchen 81 Jahre und bei Jungen 75 Jahre⁵ – das sind acht Jahre mehr, als ein männlicher Säugling vor vier Jahrzehnten zu erwarten hatte; bei Frauen ist die Lebenserwartung im selben Zeitraum sogar um fast neun Jahre gestiegen.

Die Prognosen gehen davon aus, dass sich die durchschnittliche Lebenserwartung weiter erhöhen wird – alle vier Jahre etwa um ein Jahr. Sollen wir das etwa bejammern? Man könnte sich auch darüber freuen und darin einen Anlass sehen, der Wissenschaft und den Medizinern zu danken.

Während die Lebenserwartung steigt, nimmt die Bevölkerung insgesamt ab. Um die Bevölkerungszahl stabil zu halten, müssten – statisch betrachtet – pro 100 Frauen etwa 210 Kinder geboren werden. Tatsächlich sind es aber nur 136 Kinder. Beinahe alle Prognosen beruhen auf der Annahme, dass sich an diesem Trend in den kommenden dreißig oder vierzig Jahren kaum etwas ändern wird. Auf

dieser Grundlage sagt eine Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes bis 2050 einen Bevölkerungsrückgang auf 70 Millionen Einwohner voraus. Das entspräche dem Bevölkerungsniveau der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Als Folge zurückgehender Geburtenziffern und steigender Lebenserwartung werden die Deutschen bereits 2035 zu den Völkern der Erde gehören, die das höchste Durchschnittsalter aufweisen. Bewahrheiten sich die Erwartungen der Demographen, dann wird es 2050 ebenso viele über 80-Jährige wie unter 20-Jährige geben.

Demographie ist hilfreich, um auf die Zukunft vorbereitet zu sein. Man muss allerdings zwischen Prognosen und ihrer problematischen Fortschreibung unterscheiden. Es gibt sichere Prognosen, an denen sich so gut wie nichts mehr ändern lässt und die wir akzeptieren müssen. Aber Vorausberechnungen für 2050 zu akzeptieren bin ich nicht bereit. Schon deshalb nicht, weil sich demographische Trends – zumindest langfristig – umkehren oder abschwächen lassen, beispielsweise mit einer guten Familienpolitik oder weil sich insbesondere Zu- und Abwanderung beeinflussen lassen. Langfristige Prognosen haben daher erfreulicherweise die Eigenschaft, sehr häufig nicht zu stimmen.

Vorhersagen mit einem Horizont von über 50 Jahren haben in der Vergangenheit nicht gestimmt, und sie werden auch in der Zukunft nicht stimmen. Erfreulicherweise erlaubt sich die Wirklichkeit, sich anders zu verhalten, als es statistisch vorausberechnet wird. Kein Vorwurf an die Statistiker, an die statistischen Landesämter: Sie tun ihre Pflicht. Sondern Vorwurf an die, die mit den Zahlen umgehen! Handlungsmöglichkeiten stehen uns offen, und wir sollten bereit und entschlossen sein, sie zu nutzen.

Völlig hoffnungslos ist die Lage trotz aller düsteren Szenarien nicht! Im Gegenteil: Wer ein Umdenken zum Bei-

spiel in der Familienpolitik fordert, darf doch nicht gleichzeitig von ihrer völligen Folgen- und Wirkungslosigkeit ausgehen. Und im Übrigen ist interessant, dass sich die Geburtenzahlen stark an die konjunkturelle Lage anpassen. Die Weltwirtschaftskrise der frühen 30er Jahre hat eine Kerbe in die Bevölkerungspyramide geschlagen, die heute noch gut sichtbar ist. In Zeiten des Wirtschaftswunders schnellte die Geburtenrate in die Höhe: 2,5 Kinder pro Frau, heute zwischen 1 und 1,4! Was 2050 wirklich sein wird, ist auch abhängig von der Wirtschaftsentwicklung.

Dass die Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten drastisch abnehmen und durchschnittlich älter werden wird, steht fest. Um wie viel, ist jeweils noch die Frage. Auf die absehbaren Einwicklungen müssen wir uns einstellen. Ganz praktische Fragen sind zu klären. Wie machen wir die sozialen Sicherungssysteme demographiefest? Wer soll die Betreuung pflegebedürftiger Menschen übernehmen? Der Staat oder die Familie?

Doch muss man auch grundsätzlicher fragen: Unser Volk wird älter, aber altern wir auch? Von „altern“ kann nur der sprechen, wer die Maßstäbe von vorgestern und nicht die von morgen anlegt. Dass wir länger leben, ist eine erfreuliche Tatsache, aus der aber nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Früher haben fast alle Menschen mit 14 Jahren zu arbeiten begonnen, mit 65 haben sie aufgehört und mit 68 sind sie im statistischen Mittel gestorben. Heute sind wir froh, wenn Lehrlinge mit 18 ausgelernt haben und Akademiker mit 30 anfangen und nicht mit 58 schon wieder zu arbeiten aufhören. Danach liegen im Schnitt noch 20 Lebensjahre vor ihnen – langfristig sogar 40 Jahre.

Das ist der entscheidende Punkt. Wer heute 80 ist, war mit 60 jünger als der 60-Jährige vor vier Jahrzehnten mit einer Lebenserwartung von 65 Jahren. Es ist sehr bedauer-

lich, dass heute in Deutschland weniger Kinder geboren als Tote begraben werden. Aber es ist erfreulich, dass man uns heute sagt: Von zwei Mädchen, die 2004 geboren wurden, hat eines die Chance, das 22. Jahrhundert zu sehen. Nur müssen wir die Zeichen der Zeit erkennen und daraus Schlussfolgerungen ziehen!

Die Menschen leben nicht nur länger, sie bleiben länger gesund und aktiv. Der Anteil der Gesunden und Leistungsfähigen an der Gesamtbevölkerung steigt. Das sagt das Schweizer Risk Institute und stellt einen gegenläufigen Alterungsprozess – „counter-aging“ – fest.⁶

Von dem statischen Altersbegriff – 65 Jahre –, den wir alle als eiserne Gewissheit mit uns herumtragen, sollten wir uns daher verabschieden. Alt ist man dann, wenn die körperlichen und geistigen Kräfte signifikant nachlassen.

Und zweitens: Wo steht denn geschrieben, dass das Durchschnittsalter der Bevölkerung über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes entscheidet? Berechnungen, nach denen es einen altersbedingten Rückgang der Wirtschaftsleistung geben soll, halte ich für abwegig. Innovation und Produktivität haben zunächst einmal keine Altersgrenze. Voraussetzung ist allerdings, dass der Zugang zu neuem Wissen und technischen Entwicklungen nicht abbricht. Bildung und lebenslanges Lernen sind entscheidende Faktoren, wenn Wachstum und Wohlstand auch bei schrumpfender Bevölkerung gewahrt werden sollen.

Mit durchschnittlich 60,5 Jahren hat Deutschland eines der niedrigsten Renteneintrittsalter überhaupt, bei der Erwerbsquote der 55- bis 64-Jährigen – 41,5 Prozent – liegen wir international ebenfalls ganz hinten.

Ich meine, es ist an der Zeit, dass wir es nicht mehr vom Alter abhängig machen, was wir den Menschen zutrauen.

Die Amerikaner machten Konrad Adenauer – 69-jährig – wieder zum Kölner Oberbürgermeister. Mit 70 wählte ihn

die CDU in der britischen Besatzungszone zum Vorsitzenden. Wenig später übernahm er die Fraktionsführung im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Als ihn 1948 der Parlamentarische Rat zu seinem Präsidenten machte, war er 72. Am 15. September 1949 wählte der erste Deutsche Bundestag den 73-Jährigen zum Bundeskanzler, und er blieb es 14 Jahre lang.

Noch ist die Arbeitslosigkeit hoch. Das mahnt zur Vorsicht. Aber auch hier muss über den Tag hinausgedacht werden. Wenn es zum Beispiel in Thüringen 2010 – statt heute 36.000 – nur 15.500 Schulabgänger gibt, werden zunächst Lehrlinge und drei Jahre später junge Facharbeiter Mangelware sein.

Mittelfristig wird man nicht umhinkönnen, den Menschen ein längeres und produktiveres Arbeiten zu ermöglichen. Zumal der Blick über die Grenzen zeigt, dass in Ländern mit einer hohen Erwerbsquote älterer Menschen insgesamt eine geringere Arbeitslosigkeit herrscht.

Die vielfältigen und komplexen Anforderungen des demographischen Wandels verlangen nach mehrdimensionalen Anpassungs- und Lösungsstrategien. Man kann nicht unkoordiniert, also lediglich in einzelnen Politikfeldern auf sie reagieren. Dass wir uns jetzt in Deutschland vor allem mit den akuten Finanzierungsproblemen der sozialen Sicherungssysteme beschäftigen, ist notwendig.

Aber von nachhaltigen Lösungen, die über das Finanzielle und Ökonomische hinausgehen, sind wir noch weit entfernt. Die Fragen, die wir zu beantworten haben, betreffen das gesamte gesellschaftliche und private Leben. Sie sachlich fundiert und vernünftig abwägend zu beantworten, ist eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Es ist endlich Zeit „für große politische Aktion“. Nehmen wir zur Kenntnis, was ist! Ohne Resignation oder Panik, sondern vielmehr mit der klaren Absicht und Bereitschaft,

mit den Schwierigkeiten fertig zu werden. Machen wir die Zukunft zu unserer Sache – und nicht nur die Gegenwart!

Anmerkungen

¹ Vgl. u. a.: Späth, Lothar / Lehr, Ursula (Hrsg.): *Alter als Chance und Herausforderung*. Bonn 1990; Enquete-Kommission Demographischer Wandel – Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den einzelnen und die Politik, Bundestags-Drucksachen 12/7876 und 13/11460; *Birg, Hartwig*: Die demographische Zeitenwende. München 2001; *Miegel, Meinhard*: Die deformierte Gesellschaft. München 2002; *Schirrmacher, Frank*: Das Methusalem-Komplott. München 2004.

² Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, Jahresgutachten 1980/81. Wiesbaden 1981 (www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de).

³ *Nell-Breuning, Oswald von*: Soziale Sicherheit? Freiburg 1979.

⁴ Bericht der Kommission „Soziale Sicherheit zur Reform der sozialen Sicherungssysteme“, www.cdu.de/tagesthema/30_09_03_soziale_sicherheit.pdf; Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme, www.soziale-sicherungssysteme.de.

⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt, www.destatis.de/themen/d/thm_bevoelk.php.

⁶ Vgl. Risk Institute, www.riskinstitute.ch.